

Allgemeinverfügung

der STADT DELMENHORST

zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Corona-Virus auf dem Gebiet der Stadt Delmenhorst

Gemäß § 28 Abs. 1 S. 1 und 2 Infektionsschutzgesetz (IfSG)*, § 18 der Verordnung zur Änderung der Verordnung der Niedersächsischen Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Virus-Krankheit Covid-19 vom 7. Oktober 2020, geändert durch Verordnung vom 22.10.2020 und § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und S. 3 Nds. Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD)* wird folgende Allgemeinverfügung erlassen:

- 1.** Der Schulbetrieb wird an allen öffentlichen und privaten allgemein- und berufsbildenden Schulen im Stadtgebiet der Stadt Delmenhorst im Wechselmodell bzw. im „Szenario B“ gem. des Niedersächsischen Rahmen-Hygieneplan Corona Schule durchgeführt.

Dieses umfasst u. a. die folgende Unterrichtsorganisation:

- maximal 16 Personen in Präsenzunterricht
 - Mindestabstand von 1,5 Metern innerhalb der Lerngruppen
 - Wechsel von Präsenzunterricht und verpflichtendem „Lernen zu Hause“
 - Notbetreuung
- 2.** Abweichend von Nr. 1 wird an den berufsbildenden Schulen der Unterricht der Berufsschule (duale Ausbildung) bis einschließlich 06. November 2020 untersagt, sodass die betroffenen SchülerInnen ausschließlich in ihren Ausbildungsbetrieben tätig sind.
 - 3.** Abweichend von Nr. 1 wird an den berufsbildenden Schulen der Unterricht für den Bildungsgang zur sozialpädagogischen Assistenz im „Szenario C“ gem. des Niedersächsischen Rahmen-Hygieneplan Corona Schule durchgeführt.
 - 4.** SchülerInnen, LehrInnen, BesucherInnen, Eltern, Beschäftigte des Schulträgers sowie sonstiges pädagogischen Personal sind verpflichtet außerhalb von Unterrichtsräumen auf dem Schulgelände und im Schulgebäude eine Mund-Nasen-Bedeckung (MNB) zu tragen. Dies gilt nicht am Arbeitsplatz bzw. im Sekretariat der Schule.
 - 5.** Nr. 4. gilt nicht für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres und für Personen, die vom Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung aus medizinischen Gründen befreit sind; der Nachweis ist zu erbringen.
 - 6.** Die Anordnung ist gem. § 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.
 - 7.** Die Anordnung tritt am 26.10.2020 in Kraft.



Begründung:

Rechtsgrundlage für die getroffenen Maßnahmen ist § 28 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG).

Nach Satz 1 hat die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden oder es sich ergibt, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Nach Satz 2 kann die zuständige Behörde Veranstaltungen oder Ansammlungen von Menschen beschränken oder verbieten und Badeanstalten oder in § 33 IfSG genannte Gemeinschaftseinrichtungen oder Teile davon schließen; sie kann auch Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte nicht zu betreten, bis die notwendigen Schutzmaßnahmen durchgeführt worden sind.

Gemäß § 18 der Nds. Corona-Verordnung können die örtlichen Behörden über die Verordnung hinausgehende Anordnungen treffen, sofern dies im Interesse des Gesundheitsschutzes zwingend erforderlich ist. Danach kann die örtlich zuständige Behörde weitergehende Anordnungen treffen, soweit es im Interesse des Gesundheitsschutzes zwingen erforderlich ist.

Die Voraussetzungen des § 18 Satz Nds. Corona-Verordnung sind vorliegend erfüllt.

Durch den aktuell drastischen Anstieg der Infektionszahlen mit dem Corona-Virus-SARS-CoV-2 auf dem Gebiet der Stadt Delmenhorst sind unverzüglich weitere umfangreich wirksame Maßnahmen zur Verzögerung der Ausbreitungsdynamik und zur Unterbrechung von Infektionsketten ergriffen werden.

Durch diese Allgemeinverfügung werden notwendige, weitergehende Maßnahmen getroffen. Im Rahmen des Wechsels aller öffentlichen und privaten allgemein- und berufsbildenden Schulen im Stadtgebiet der Stadt Delmenhorst in das Wechselmodell wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die sich in der Schule aufhalten, halbiert. Das Szenario B umfasst eine Kombination aus Präsenzunterricht und Lernen zu Hause. In diesem Fall werden maximal 16 Personen in Präsenzunterricht sein und der Mindestabstand von 1,5 Metern wird gelten.

Hierdurch reduzieren sich soziale Kontakte und Zusammenkünfte zwischen den Schülergruppen, sodass sich die potentiellen Übertragungspunkte reduzieren und auch die Infektionsketten besser nachverfolgt werden.

Die Auszubildenden im Bereich der dualen Ausbildung stellen darüber hinaus eine gesonderte Gruppe dar, da sie durch die verschiedenen Betriebe aus den unterschiedlichen Berufsfeldern außerordentlich viele Außenkontakte haben, die dann in den Berufsschulen wieder zusammen treffen. Um dieses erhöhte Risiko in den berufsbildenden Schulen als auch in den Betrieben und Firmen in Delmenhorst und im Umland zu reduzieren, ist die Zusammenkunft der SchülerInnen in den Schulen zeitweise auszusetzen.

Die Verpflichtung zum Tragen einer MNB außerhalb von Unterrichtsräumen auf dem Schulgelände und im Schulgebäude ergänzt diese Maßnahmen, da an diesen Orten die durchgängige Einhaltung des Mindestabstandes von 1,5 Meter nicht gewährleistet ist. Zudem sind gerade unter Jugendlichen im Teenageralter Begrüßungs- und Verabschiedungsrituale mit engem körperlichen Kontakt verbreitet, sodass zu befürchten ist, dass diese trotz des Abstandsgebotes in unbeaufsichtigten Momenten weiter praktiziert werden. Hier wird das Tragen einer MNB dazu beitragen, Infektionsrisiken zu minimieren.



Daher besteht die Erforderlichkeit, die beschriebenen Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten anzuordnen. Diese weitreichenden Maßnahmen sind notwendig, um im Interesse der Bevölkerung und des Gesundheitsschutzes die dauerhafte Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems in der Stadt Delmenhorst sicherzustellen.

In diesem Szenario wird weiterhin das Recht auf Bildung durch den Wechsel aus Präsenzunterricht und verpflichtendem Lernen zuhause gewährt. Zudem wird eine Notbetreuung angeboten, sodass der notwendige Schutz der Bevölkerung den möglichen als geringfügig einzustufenden Einschränkungen überwiegt und die Maßnahme im Ergebnis angemessen ist.

Ziel der Verfügung ist es, die Übertragungswege von SARS-CoV-2 zu unterbrechen und das Risiko einzudämmen, ohne dabei das öffentliche Leben gänzlich zum Stillstand zu bringen. Mildere, gleich wirksame Mittel zur Erreichung dieses Zwecks sind nicht ersichtlich. Diesem Umstand trägt auch die Befristung der Allgemeinverfügung Rechnung, die die Einschränkungen vorerst auf das Nötigste begrenzen soll.

Die Verfügung ist auch angemessen, da sie nicht außer Verhältnis zu dem angestrebten Schutzhöherwertiger Rechtsgüter wie Leben, Leib und Gesundheit der Bevölkerung steht.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg, Schlossplatz 10, 26122 Oldenburg erhoben werden.

Die Klage ist beim Verwaltungsgericht schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr der Justiz (Nds. ERRVVO-Justiz) vom 21. Oktober 2011 (Nds. GVBl. S. 367) in der derzeit geltenden Fassung zu erheben.

Gemäß § 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 8 IfSG hat eine Anfechtungsklage gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung.

Delmenhorst, 23.10.2020

Im Auftrag


Mattern

